

## Wien unter Druck: FPÖ fordert Abschiebungen für arbeitslose Migranten!

FPÖ-Obmann Nepp kritisiert hohe Arbeitslosigkeit unter Syrern und Afghanen in Wien und fordert konsequente Abschiebungen.



**Wien, Österreich** - Die aktuelle Arbeitsmarktsituation in Wien und die Herausforderungen der Integration von Migranten stehen im Fokus der politischen Diskussion. FPÖ-Obmann **Dominik Nepp** kritisiert die hohen Arbeitslosenquoten unter bestimmten Migrantengruppen und fordert drastische Maßnahmen.

Nach aktuellen Berichten sind in Wien 45% der in der Stadt lebenden Syrer und 33% der Afghanen arbeitslos. Diese Zahlen spiegeln eine alarmierende Realität wider, bei der Wiener Steuerzahler die Sozialhilfe für diese Menschen finanzieren

müssen. Nepp bezeichnet die Situation als dramatisch und wirft dem SPÖ-Bürgermeister Ludwig vor, Sozialmigranten durch Mindestsicherungen nach Wien zu locken.

## **Hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten**

Zusätzlich zu den Zahlen aus Wien zeigen die jüngsten Statistiken, dass die Arbeitslosigkeit unter Migranten insgesamt besorgniserregend ist. Rund 40 Prozent der Asyl- und subsidiär geschützten Personen, die 2019 in Österreich angekommen sind, sind vier Jahre später immer noch ohne Job. Zudem sind 31 Prozent dieser Gruppe nach acht Jahren Aufenthalt in Österreich weiterhin arbeitslos. Dies zeigt, dass die Integration in den Arbeitsmarkt nicht wie gewünscht verläuft, vor allem bei Männern und Frauen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak, deren Arbeitslosenquote mit über 31 Prozent fast sechs Mal so hoch ist wie die der einheimischen Bevölkerung, bei der die Quote bei 5,7 Prozent liegt, wie die **aktuelle Studie** berichtet.

Bei der Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen aus diesen Herkunftsländern ist nur ein Drittel berufstätig. Dem gegenüber steht eine Erwerbstätigenquote von über 85 Prozent bei den österreichischen jungen Erwachsenen. Dies zeigt, dass die Integrationsmaßnahmen möglicherweise nicht die gewünschten Erfolge bringen.

## **Wirtschaftliche und soziale Herausforderungen**

Nepp äußert weiterhin seine Besorgnis über die Wirksamkeit der bestehenden Integrationsmaßnahmen, einschließlich des Jugendcollege, und verweist auf Berichte über gewalttätige Übergriffe auf Lehrpersonen, die an solchen Programmen beteiligt sind. Er fordert eine konsequente Abschiebepolitik für Migranten aus Syrien und Afghanistan und will Wien zur „Abschiebehauptstadt“ machen.

In der aktuellen Debatte wird auch die Position der Integrationsministerin Claudia Plakolm thematisiert, die die Sozialhilfe als „Integrationsbremse Nummer eins“ bezeichnet. Sie fordert, dass die Migranten Deutsch lernen, eine Arbeit aufnehmen und die Werte und Gesetze des Landes respektieren. Trotz dieser Herausforderungen bewerten 55 Prozent der Befragten das Zusammenleben am Arbeitsplatz als positiv, während die Meinungen in Schulen und Wohnvierteln deutlich negativer ausfallen. Nur 25 Prozent der Schulbesucher empfinden das Zusammenleben als positiv.

Die differenzierten Zahlen und Erhebungen verdeutlichen die Herausforderungen der Integration und die Notwendigkeit effektiver Maßnahmen zur Unterstützung dieser Gruppen auf dem Arbeitsmarkt. laut den Erhebungen der **Bundesagentur für Arbeit** sind die Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten wichtige Indikatoren für den Integrationsprozess. Der jüngste Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Wien, der sich auf 359.374 Personen beläuft, verdeutlicht zudem den Druck auf den Arbeitsmarkt.

Insgesamt bleibt die Situation der arbeitslosen Syrer und Afghanen in Wien ein umstrittenes Thema, das politisch und gesellschaftlich weiter diskutiert werden muss, um zu tragfähigen Lösungen zu gelangen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Migration
<b>Ort</b>	Wien, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.heute.at">www.heute.at</a></li><li>• <a href="http://statistik.arbeitsagentur.de">statistik.arbeitsagentur.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**